

BAERBOCK SOLLTE NICHT AUF EIN WUNDER HOFFEN | VON THOMAS RÖPER

Posted on 14. November 2023

Derzeit kann man zuschauen, wie die Meldungen für die Ukraine fast täglich düsterer werden. Die FAZ meint, Baerbock hoffe auf ein Wunder, wenn sie der Ukraine eine EU von Lissabon bis Lugansk wünscht.

*Ein Kommentar von **Thomas Röper**.*

Der Bericht des Deutschland-Korrespondenten, der an diesem Sonntag im wöchentlichen Nachrichtenrückblick des russischen Fernsehens gezeigt wurde, unterschied sich von seinen üblichen Berichten. Normalerweise konzentriert er sich auf die Absurditäten der deutschen und europäischen Politik, aber dieses Mal spielte die Ukraine eine viel größere Rolle als sonst, denn die Medienberichte über die Ukraine werden in Europa mittlerweile so düster, dass sie die meisten anderen Themen überdecken. Ich habe den russischen [Beitrag](#) auch diese Woche wieder übersetzt.

Beginn der Übersetzung:

Kiew kann nicht siegen: Ein ernüchternder Bericht des deutschen Generals

Diese Woche bekam die deutsche Regierung einen weiteren Grund zu erklären, dass der Antisemitismus in Deutschland wächst. Der 9. November ist der Jahrestag der Kristallnacht, des Judenpogroms von 1938. Die Synagoge in der Brunnenstraße, in der die Gedenkfeier stattfand, wurde von Hunderten von Polizisten und Scharfschützen bewacht.

„Jede Form von Antisemitismus vergiftet unsere Gesellschaft, so wie es jetzt islamistische Demonstrationen und Kundgebungen tun. Wir dulden Antisemitismus nirgends“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz.

Antisemitismus ist klar, aber was ist mit anderen Formen von Fremdenfeindlichkeit? Von einigen davon hört man heute gar nichts mehr.

In Deutschland wird die Geschichte des Zweiten Weltkriegs insgesamt nur noch auf den Holocaust reduziert. Die Vernichtung der Juden war ein Verbrechen, aber über den Rest zu sprechen, ist nicht üblich.

Das geht so weit, dass man den Eindruck gewinnen könnte, dass mit den Plänen der Nazis zur Ausrottung von zig Millionen Slawen alles in Ordnung war.

Daher der Unwille oder die Unfähigkeit, das Geschehen in Gaza unvoreingenommen zu bewerten, und je weiter es geht, desto mehr wird das zu einem deutschen politischen Phänomen, weil der Rest Europas gezwungen ist, recht nüchterne Bewertungen abzugeben, denn sie haben Angst, die Beziehungen zum Globalen Süden endgültig zu ruinieren, ohne dessen Loyalität und Rohstoffe es für sie schwer sein wird, in der neuen Welt zu leben.

Der französische Präsident Macron ist mit den Wundern der Äquivalente zurück in der Arena: Er unterstützte am Samstag die Demonstration gegen Antisemitismus in Paris, ging aber selbst nicht hin, sondern schickte den Premierminister. Und auch in dieser Woche hat er sich eifrig als Friedensstifter inszeniert und eine Konferenz einberufen, an der auch Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde und der UN-Generalsekretär teilnahmen.

„Wir müssen die Initiative zurückgewinnen und die Kraft finden, endlich die Zwei-Staaten-Lösung anzustreben, bei der Israel und Palästina Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Vor allem müssen wir zeigen, dass die Gründung eines palästinensischen Staates der Sicherheit Israels dient“, so Macron.

Die westliche Presse ist skeptisch, was die Wirksamkeit solcher internationalen Konferenzen angeht, aber in Kiew, wo man daran gewöhnt ist, dass die Europäer ihre politischen Runden ausschließlich in der Ukraine drehen, war man so eifersüchtig, dass Selensky seine Meinung über die Reise nach Israel geändert hat. Drei Wochen lang hatte er Tel Aviv um einen „Solidaritätsbesuch“ angefleht, aber plötzlich schien ihm zu dämmern, dass sein Erscheinen in Israel im Gegenteil die Priorität der Nahostkrise unterstreichen würde. Jedenfalls werden Selensky und seine „Friedensformel“ in naher Zukunft kaum eine Chance haben, nicht einmal auf Gespräche.

So schreibt das Wall Street Journal:

„Die Ukraine wollte in den kommenden Monaten einen internationalen Gipfel unter Beteiligung von Ländern des globalen Südens organisieren, die im Krieg Russlands mit der Ukraine neutral sind, um sie auf ihre Seite zu ziehen und sie davon zu überzeugen, Selenskys ‚Friedensformel‘ zu unterstützen, die den Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine fordert. Die Luftangriffe Israels auf den Gazastreifen und die Haltung des Westens, der auf der Seite Israels blieb, führten bei den Entwicklungsländern jedoch zu Vorwürfen der Heuchelei und der mangelnden Bereitschaft, mit ihm zusammenzuarbeiten. So sind die Versuche der Ukraine, einen globalen Gipfel zu organisieren, bisher gescheitert.“

Um Selensky, der von allen Seiten getreten wird, etwas zu geben, was die Moral der Bevölkerung stützt, kam die EU-Kommission diese Woche zu dem Schluss, dass der EU-Beitritt der Ukraine ein Gesprächsthema ist. Allerdings zweifelte kaum jemand daran, dass man von Ursula von der Leyen allerlei Dummheiten erwarten konnte. Zum Beispiel, dass Kiew 90 Prozent seiner Hausaufgaben zur Erfüllung der EU-Kriterien gemacht habe.

„Es ist zehn Jahre her, dass die Proteste auf dem Maidan begannen, wo Menschen erschossen wurden, weil sie in die europäische Flagge gehüllt waren. Und jetzt, zehn Jahre später, ist es ein historischer Tag, weil die Kommission dem Rat empfohlen hat, Verhandlungen mit der Ukraine über die EU-Mitgliedschaft aufzunehmen“, sagte Ursula von der Leyen in Kiew.

Ursula von der Leyen punktet damit in Washington, wo in den kommenden Monaten entschieden wird, wen man nach den Wahlen zum EU-Parlament im nächsten Jahr an der Spitze der Kommission sehen will.

Und sie riskiert ja nichts: Erstens sind die Verhandlungen ein Prozess, der viele Jahre dauern wird, und zweitens ist es überhaupt nicht sicher, dass sie überhaupt beginnen werden. Und Ursula kann nichts dafür, sie hat ihre Mission erfüllt, alle Fragen muss man dann anderen stellen, zum Beispiel den Polen, die vor der Aufnahme von Konsultationen verlangen, Experten Zugang zu den Stätten der Massengräber der Opfer des Massakers von Wolhynien zu geben.

„Ich sage, was unsere Position ist. Meiner Meinung nach braucht die Ukraine ohne die Lösung dieser Frage – und das haben auch viele Ukrainer bereits erkannt – nicht davon zu träumen, der EU beizutreten“,

sagte der stellvertretende polnische Außenminister Pawel Jablonski.

Auf die guten Nachrichten von Ursula von der Leyen folgten für Kiew sofort schlechte Nachrichten. Die westliche Presse begann sich darüber auszulassen, dass die Ukraine nicht wie Europa sei: politische Unterdrückung, keine freien Medien und keine unabhängigen Gerichte, Korruption, Unterdrückung ethnischer Minderheiten und schließlich das Kriegsrecht.

Für Kiew ist der EU-Beitritt wie eine Beschleunigung auf Lichtgeschwindigkeit: Theoretisch kann man auf 90 Prozent beschleunigen, aber nicht auf 100 Prozent.

„Die Empfehlung der EU-Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, Georgien und Moldawien aufzunehmen, ist symbolisch und geopolitisch motiviert. Aber Symbolik allein reicht auf dem Weg in die EU nicht aus. Der Beitrittsprozess muss konkrete Anforderungen an das Funktionieren der demokratischen Institutionen und des Justizsystems erfüllen. Andernfalls wird die Erweiterung fatale politische Folgen für die künftigen Mitglieder und noch viel mehr für die EU selbst haben“, schreibt die FAZ.

Die Ukraine hat viele Hindernisse auf ihrem Weg in die EU. Eines davon ist Ungarn. Ministerpräsident Orban war von der Nachricht aus Brüssel offensichtlich nicht begeistert. Und auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember kann er die nächste Ohrfeige vorbereiten:

„Wenn wir über die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU sprechen, über den Krieg zwischen der Ukraine und Russland, dann werden alle möglichen schlechten Entscheidungen getroffen. Die Führung in Brüssel handelt heute im Auftrag der globalistischen Elite, das sind also nicht unsere Leute. Wenn wir Brüsseler Bürokraten in den Nachrichten sehen, sollte die ungarische Öffentlichkeit nicht denken, dass

wir sie dorthin geschickt haben und dass sie unseren Interessen dienen. Diese Leute tun nicht das, was wir von ihnen wollen. Sie tun nicht das, was die Ungarn wollen, aber sie tun auch nicht das, was die Menschen in Europa insgesamt wollen“, sagte Orban.

Vielleicht würden die Europäer selbst die Aussicht auf eine Aufnahme der Ukraine in die EU wohlwollender betrachten, wenn Kiew das Geld abarbeiten würde, das sie in verschiedenen Formen in die Ukraine fließen lassen. Es sind sinnlose Ausgaben. Im Internet tauchte ein Interview mit Harald Kujat auf, dem ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr. In Russland entspricht diese Position dem Posten des Chefs des Generalstabs.

„Die USA werden diesen Krieg nicht gewinnen können, weil sie die politischen Ziele, für die sie diesen Krieg unterstützen, nicht erreichen können, nämlich die Schwächung der russischen Streitkräfte, die Schwächung Russlands insgesamt – politisch und wirtschaftlich. Die russische Armee ist eine der stärksten Armeen der Welt, von einer Schwächung kann auch hier keine Rede sein. Die russischen Streitkräfte sind eindeutig stärker, als sie es vor dem Krieg waren. Erheblich stärker. Wir sprechen hier von einer modernen, kampffähigen Armee“, sagte Kujat.

In den USA wird die offensichtlich gescheiterte anti-russische Strategie nun damit gerechtfertigt, dass sie angeblich den realen Sektor der amerikanischen Wirtschaft antreibt, aber in Europa gibt es nicht einmal dieses seltsame Argument. Alles ist im Minus.

Die FAZ schreibt, es sei an der Zeit, nicht mehr auf ein Wunder zu hoffen:

„Die Gegenoffensive ist gescheitert. Die Enttäuschung der Ukrainer, die in ukrainischen Medien ständig über die Erfolge der Kiewer Armee informiert werden, ist verständlich. Es scheint jedoch, dass auch viele im Westen ihrer eigenen Propaganda zum Opfer gefallen sind. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist in Europa nach wie vor besonders groß. Wenn Annalena Baerbock in Kiew davon spricht, dass die EU bald von Lissabon bis Lugansk reichen wird, scheint sie auf ein Wunder zu hoffen.

Aber wenn der Westen wirklich will, dass die Ukraine ihr gesamtes Territorium befreit, braucht er Entschlossenheit und eine langfristige Strategie.“

Mit der langfristigen Strategie klappt es bei Europa nicht. Bisher basierte sie auf Selenskys Märchen, dass die Ukraine nur die Offensive starten müsse und dann zum Asowschen Meer und zur Krim rennen werde, und dass die Umstände Russland dann diktieren würden, Kiews Friedensbedingungen akzeptieren zu müssen. Auf ein Scheitern war niemand vorbereitet. Oberbefehlshaber Saluzhny versucht nun, alle davon zu überzeugen, dass die strategische Sackgasse, in der sich die Ukraine befindet, auch für die russische Armee gilt.

Aber in Wirklichkeit wird das, was die Russen tun, anders genannt, wie Kujat erklärt:

„Die russischen Streitkräfte haben sich auf strategische Verteidigung umgestellt. Ihr Ziel ist es nicht, um jeden Preis ein Gebiet zu halten, sondern die ukrainischen Streitkräfte zu vernichten. Das ist die Grundregel von Clausewitz: Entwaffne den Feind – dann kommt alles andere fast von selbst. Die ukrainischen Streitkräfte befinden sich in einem äußerst kritischen Zustand. Was wir im Moment sehen, sind Scharmützel mit dem Feind, es ist keine Gegenoffensive mehr. Die Gegenoffensive ist gescheitert. Das muss man ganz klar sagen.“

Während die russische Armee ihre Kampffähigkeiten steigert, verliert die ukrainische Armee im Gegenteil ihre Kampffähigkeit. Und auf mehrere Jahre hinaus wird Europa nicht in der Lage sein, ihren Appetit zu stillen.

Der Spiegel schrieb:

„Politiker und Militärs glauben, dass Deutschland nicht in der Lage ist, die Militärhilfe für die Ukraine zu erhöhen. In der EU ist die Kriegsmüdigkeit spürbar. Die Kritiker eines EU-Beitritts der Ukraine innerhalb Deutschlands brauchen sich keine Sorgen zu machen. Er ist noch in weiter Ferne, wie sich diese Woche in Brüssel gezeigt hat, wenn er überhaupt zustande kommt. Was den NATO-Beitritt der Ukraine

betrifft, so wird er der Ukraine noch mehr abverlangen als der EU-Beitritt, und er wird erst möglich sein, wenn der Krieg mit Russland vorbei ist. Aber niemand weiß, was bis dahin von der Ukraine übrig bleiben wird.“

Bloomberg schreibt unter Berufung auf den Europäischen Auswärtigen Dienst, dass die EU trotz früherer Zusagen nicht in der Lage sein wird, Kiew bis März nächsten Jahres mit einer Million Granaten des Kalibers 155 zu versorgen. Aber ohne ständige Versorgung von außen wird die Ukraine nicht lange durchhalten. Dabei haben die Russen ihre eigene Überlegenheit bei Langstreckenwaffen genutzt, um die Infrastruktur anzugreifen, die das rechte mit dem linken Ufer der Ukraine verbindet.

Kujat sagte weiter:

„Es gibt einen weiteren Unsicherheitsfaktor. Der Dnjepr ist eine große und breite Wasserbarriere, an manchen Stellen ist er mehrere Kilometer breit. Die ukrainischen Streitkräfte haben in den letzten Wochen wiederholt versucht, diesen Fluss zu überqueren, aber es ist ihnen nicht gelungen. Die Russen haben jedoch die zwei Dutzend Brücken, die eine Überquerung des Flusses in den umkämpften Gebieten ermöglichen, nicht zerstört. Vielleicht könnten die Russen den Fluss über die Brücken überqueren, um die gesamte Ukraine zu übernehmen.“

Warum die Russen keine Brücken über den Dnjepr bombardieren, ist westlichen Militärexperten ein großes Rätsel. Aber der russische Generalstab muss seine eigenen Geheimnisse haben. Andererseits ist es nicht zu spät, es morgen oder übermorgen zu tun, denn aus strategischer Sicht hat Russland Zeit, während Kiew in Zeitnot ist. Vor allem jetzt, wo es um Granaten und Geld geht. Bis Ende des Jahres muss Europa mindestens ein Viertel der Kiew zugesagten Haushaltshilfe in Höhe von 50 Milliarden Dollar auftreiben.

Das müsste es, aber Viktor Orban ist der Meinung, dass es das nicht sollte:

„Wir helfen, wo wir können und wo es nötig ist. Aber wenn wir den ukrainischen Staat unterstützen, damit er mit unserem Geld Waffen kauft, hätte das sehr ernste Folgen für Ungarn. Konsequenzen, die

auf einen wirtschaftlichen Bankrott hinauslaufen würden. Ich werde dem nicht zustimmen und solange wir die nationale Regierung haben, wird das auch nicht passieren.“

In Europa versucht man, einen Weg zu finden, Ungarns Veto gegen die Finanzierung der Ukraine zu umgehen. Bloomberg schreibt, dass dieser Weg darin bestehen könnte, Mittel auf den Kreditmärkten unter Garantien europäischer Staaten aufzunehmen. Mit anderen Worten, man leiht Kiew Geld, wobei man sich bewusst ist, dass es nicht einmal die Zinsen für diese Kredite bedienen kann, geschweige denn sie jemals zurückzahlen wird. So wird Europa selbst als Schuldner herumlaufen.

EU-Chefdiplomat Borrell sagte dazu: *„Wir haben eine Menge Probleme. Und jetzt stehen wir vor zwei Herausforderungen: erstens in der Ukraine, wo ein schneller Sieg über Russland nicht zu erwarten ist. Die EU-Länder müssen politisch bereit sein, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und die US-Hilfe zu kompensieren, die wahrscheinlich zurückgehen wird.“*

Das ist eine Überraschung: Kein Geringerer als Borrell, der EU-Chefdiplomat, war der erste der wichtigsten Vertreter der EU, der im vergangenen Jahr erklärte, dass Russland auf dem Schlachtfeld besiegt werden müsse, aber jetzt erwartet er keinen Sieg. Borrells Klarstellung – „schneller Sieg“ – kann man ignorieren, denn auf „schnell“ hatten sie alle gesetzt. Aber nun ist dieser Herr ganz auf seine Hauptfunktion umgeschwenkt: Washingtoner Lobbyist, der in der Krise die Hauptlast der Konfrontation zwischen dem Westen und Russland auf Europa abwälzt.

Dazu sagte Harald Kujat:

„Der Krieg hätte etwa sechs Wochen nach seinem Beginn beendet werden können. In Istanbul fanden auf Initiative des türkischen Präsidenten intensive Verhandlungen statt. Den Parteien gelang es, meiner Meinung nach gute Ergebnisse für die Ukraine zu erzielen. Am 9. April kam Johnson nach Kiew, um die Unterzeichnung zu verhindern. Der Friedensvertrag wurde auf Druck des kollektiven Westens, also auf Druck einiger NATO-Länder unter Führung der USA, nicht unterzeichnet.“

Die USA hatten natürlich ihren eigenen Plan B für den Fall, dass sich die Krise in der Ukraine nicht nach ihren Regeln entwickeln würde. Die unangenehme Nachricht für Europa ist, dass ihm in diesem Plan – neben der Ukraine – auch die Rolle von Verbrauchsmaterial zugewiesen wurde. Und es sieht nicht so aus, als könne es diesem Schicksal entgehen. Vor allem im Szenario eines langwierigen Konflikts.

Während früher oft zu hören war, dass die Unterstützung Kiews nötig sei, um Russland zu besiegen, beginnen sich allmählich alle darauf zu konzentrieren, dass das Fehlen der Unterstützung zur unmittelbaren Niederlage der Ukraine führen wird. Und man muss die Ukraine weiterhin mit Geld und Waffen versorgen, damit sie so lange wie möglich durchhält. Und das bedeutet eines: Der Westen verliert die Hoffnung auf eine reiche Beute, mit der er alles wieder wettmachen kann, und schiebt den Zeitpunkt, an dem er die Verluste einfach hinnehmen muss, nicht allzu weit hinaus.

Ende der Übersetzung

+++

Dank an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

Dieser Beitrag erschien zuerst am 13. November 2023 bei anti-spiegel.ru

+++

Bildquelle: [Drop of Light](#) / shutterstock